

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

49. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Mai 1999, 12:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Stellv. Vorsitzender

Günter Fleskes (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

in Vertretung von Hans Siebke

Frauke Tengler (CDU)

in Vertretung von Peter Jensen-Nissen

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:		Seite
1.	Agrarreport Schleswig-Holstein 1999	4
2. a)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	5
	Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1941	
b)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/1975	
3.	Information/Kenntnisnahme	6
4.	Sachstandsbericht der Entschädigungsforderungen der Eiderfischer	8
5.	Verschiedenes	9

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Friedrich-Carl Wodarz, eröffnet die Sitzung um 12:05 Uhr, spricht Genesungswünsche an den erkrankten Vorsitzenden aus und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung nach Abstimmung über die Aufnahme eines neuen Punktes 1 mit Mehrheit gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Agrarreport Schleswig-Holstein 1999

Nach einem kurzen Wort des Bedauerns, daß der Agrarreport wegen des späten Sitzungsbeginns nicht schon vor der Erläuterung in der Landespressekonferenz dem Ausschuß habe vorgestellt werden können, erläutert Minister Klaus Buß den Bericht, den er als eine verlässliche Orientierungshilfe für die Landwirte bezeichnet.

Eine Aussprache findet auf Antrag von Abg. Sabine Schröder nicht statt. Ihr Geschäftsordnungsantrag, die Aussprache auf eine spätere Sitzung zu verschieben, wird mit 5 : 4 Stimmen angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1941

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1975

Abg. Claus Ehlers und Abg. Dr. Christel Happach-Kasan schlagen eine Anhörung vor. Gehört werden sollten der Bauernverband, die Landwirtschaftskammer, die zuständigen Gewerkschaften sowie der Bauernbund.

Abg. Sabine Schröder verweist auf die inzwischen erfolgte Wahl des neuen Kammerpräsidenten und des Ersten Geschäftsführers; damit sei eine Novellierung des Kammergesetzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig. Ihre Fraktion gehe von einer grundsätzlichen Reform des Kammergesetzes in der kommenden Legislaturperiode aus. Dies sei mit dem Bauernverband so besprochen, und auch der Finanzausschuß der Landwirtschaftskammer habe sich diesen Überlegungen angeschlossen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan beantragt die Durchführung einer mündlichen Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen. Anhörungen seien im Grunde bei Gesetzesberatungen allgemeine Übung und sollten auch in diesem Falle stattfinden. Dabei stehe einer umfassenden Novellierung des Kammergesetzes zu einem späteren Zeitpunkt nichts im Wege.

Nach kurzer weiterer Diskussion, in welcher sich Abg. Detlef Matthiessen gegen eine Anhörung und die Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch und Claus Ehlers für die Anhörung aussprechen, wird der Geschäftsordnungsantrag von Abg. Dr. Christel Happach-Kasan auf Durchführung einer Anhörung mit fünf gegen vier Stimmen abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird beschlossen, dem Plenum die Ablehnung der beiden Gesetzentwürfe zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 14/3204 - Treibselkonzept des Amtes für ländliche Räume Husum

Minister Klaus Buß erläutert zunächst den Sachstandsbericht aus Umdruck 14/3204. In der sich anschließenden Diskussion zeigt Abg. Frauke Tengler insbesondere Interesse am Funktionieren der Biokompostierung.

MR Bernd Probst teilt mit, daß Treibsel durchaus schon in normalen Biokompostierungsanlagen verwertet würden. In den Elbmarschen sei dies bereits über mehrere Jahre hinweg planmäßig geschehen. Dabei sei Treibsel bei der Kompostierung von Klärschlamm als Strukturmaterial verwendet worden. Diese Entsorgungsmöglichkeit in Brunsbüttel sei sehr günstig gewesen, weil das Treibsel kostenlos übernommen worden sei und lediglich Kosten für das Einsammeln und den Transport angefallen seien.

Darüber hinaus seien an anderer Stelle Versuche zur Kompostierung durchgeführt worden. Diese Versuche zeigten, daß die Kompostierungsmethode einerseits sehr gut funktioniere, andererseits mit 30 bis 40 DM pro Kubikmeter aber relativ teuer sei.

Abg. Claus Ehlers begrüßt diese Kompostierungsversuche und interessiert sich für die Behandlung der bei der Kompostierung anfallenden nicht kompostierbaren Stoffe.

M Klaus Buß spricht davon, daß aus rechtlichen Gründen alternative Verwertungsmethoden zur bisher geduldeten Deponierung an Ort und Stelle gefunden werden müssen.

MR Bernd Probst ergänzt, daß es insbesondere für organische Abfälle eine grundsätzliches Verwertungsgebot gebe. Damit sei die in Nordfriesland mancherorts noch praktizierte Vertorfung quasi „ein auslaufendes Modell“.

Zu den Überlegungen der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, ob man mit einer ökologisch vertretbaren Vertorfung bei entsprechender Änderung der einschlägigen Verordnung auch Haushaltsmittel sparen könnte, führt M Klaus Buß aus, daß das Vertorfungsverfahren einerseits mit dem damaligen Umweltminister Heydemann abgesprochen gewesen sei, daß andererseits aber aufgrund der geltenden Gesetzeslage der Kreis Nordfriesland keine neuen Genehmigungen in dieser Richtung mehr aussprechen wolle. Dies halte er, M Klaus Buß, auch für sinnvoll; denn

im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Innovation“ sei als Biomasse-Projekt der Bau eines Blockheizwerkes geplant, dessen Standort so gewählt werden könne, daß die Zubringerwege möglichst kurz blieben.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan hält die thermische Verwertung für eine vertretbare Alternative, die ebenfalls dezentrale Standorte ermögliche. M Klaus Buß bezeichnet diese Verwertungsart als eine der zukunftssträchtigen Verwertungsmöglichkeiten, denen nachgegangen werden müsse.

Abg. Helmut Plüschau empfiehlt als günstige Verwertungsalternative die Zusammenarbeit mit der GAB, einem Eigenbetrieb des Kreises Pinneberg.

Abg. Claus Ehlers kommt auf die Problematik der Vertragslandwirtschaft zu sprechen und auf das negative Image, daß die Presse bei der Klärschlammverwertung auf landwirtschaftlichen Flächen immer zeichne.

Diese Problematik wird von M Klaus Buß ebenso gesehen. Er teilt mit, daß er schon als Bürgermeister von Eckernförde eine Arbeitsgruppe beauftragt habe, sich mit der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm zu beschäftigen. Das von dieser Arbeitsgruppe erarbeitete Papier sei allgemein anerkannt. Wenn man nach diesen Referenzwerten arbeiten würde, die sowohl für die Böden als auch für den Klärschlamm erstellt worden seien, so betont M Klaus Buß, könnte man die Klärschlämme ohne jegliche Bedenken auf alle Böden aufbringen, einschließlich der Flächen für den ökologischen Landbau. Leider werde das aber nicht praktiziert.

Das Ärgerliche an der Sache sei folgendes: Die Problematik der Vertragslandwirte gebe es schon sehr lange. Fakt sei, daß es kein Problem sei, ausreichend Flächen für die Verwertung von Klärschlämmen zu bekommen, auch wenn die Referenzwerte nicht eingehalten würden, aber es sei eben sehr schwierig, den von Abg. Claus Ehlers angedeuteten Kreislauf an Vorbehalten und Bedenken zu durchbrechen.

Der stellvertretende Vorsitzende schließt die Diskussion aus Zeitgründen mit dem Hinweis, daß das Thema bei Bedarf erneut aufgegriffen werden könne.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sachstand der Entschädigungsforderungen der Eiderfischer

(Berichtswunsch des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen)

M Klaus Buß teilt mit, sich über die juristische Seite der Angelegenheit eingehend informiert zu haben. Aus rechtlicher Sicht gebe es keinerlei Anspruch auf irgendwelche Entschädigungen. Dennoch habe er eine gewisse Betroffenheit der Fischer gesehen und aus Billigkeitsgründen einen Betrag von 50.000 DM angeboten. Es sei überlegt worden, diesen Betrag aus der Fischereiabgabe zu entnehmen; eine solche Verwendung sei nach § 29 Fischereigesetz möglich.

Das für ihn sehr Verwunderliche sei gewesen, daß insbesondere der die Interessen der Eiderfischer vertretende Verband im Rahmen seiner Mitwirkung im Fischereiabgabenausschuß diese Mittelverwendung abgelehnt habe. Die Gründe dafür kenne er, M Klaus Buß, nicht. Man habe dann aber versucht, aus dem Haushalt des Agrarministers eine Summe von 25.000 DM herauszulösen, die man den Fischern unter Hinweis auf die rechtliche Situation angeboten habe. Dieses Angebot hätten die Fischer jedoch abgelehnt.

Weitere Möglichkeiten gebe es aus der Sicht des Ministeriums nun nicht mehr. Allerdings habe er, M Klaus Buß, trotzdem noch ein Gespräch vor Ort mit allen Betroffenen - einschließlich des Vertreters des Bundes - wegen des Sperrwerkes arrangiert. Hierbei seien Regelungen gefunden worden, die im Sinne der Fischer Erleichterungen bei den Öffnungszeiten brächten. Die Auswirkungen dieser Regelungen seien noch abzuwarten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der für den 17. Juni geplante Besuch in dem Versuchsbetrieb Mildstedt wird wegen der parallel laufenden Sitzung des Bildungsausschusses und der Erkrankung des Vorsitzenden verschoben. Es soll eine interne Sitzung stattfinden. Ein neuer Besuchstermin soll in Absprache mit dem ersten Vorsitzenden gefunden werden.
2. Die weitere Zahlungsaufforderung für das Essen während der Grünen Woche 1999 in Berlin soll auf Verwaltungsebene geklärt werden. Der Ausschuß erklärt sich dafür nicht mehr zuständig.
3. Abg. Helmut Plüschau regt an, in Zukunft das Thema Tourismus stärker in die Ausschußarbeit einzubeziehen.

Der stellvertretende Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:10 Uhr

gez. Friedrich-Carl Wodarz
Stellv. Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäftsführerin